

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:145883-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Wilhelmshaven: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2015/S 082-145883**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Reinhard-Nieter-Krankenhaus, Städtische Kliniken gGmbH
Friedrich-Paffrath-Str. 100
Kontaktstelle(n): Reinhard-Nieter-Krankenhaus
Zu Händen von: Herrn Dipl.-Ing-Maik Wiemers, Leiter Technik
26389 Wilhelmshaven
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 4421891064
E-Mail: maik.wiemers@klinikum-whv-technik.de
Fax: +49 4421891291

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.klinikum-whv.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Sonstige: gGmbH

I.3) Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Generalplanerleistungen mit Machbarkeitsstudie für den beabsichtigten Neubau des Reinhard-Nieter-Krankenhauses (RNK).

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Wilhelmshaven, Deutschland.
NUTS-Code DE945

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Im Zuge der Fusionierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses (RNK) mit dem St. Willehad-Krankenhaus auf das Klinikum Wilhelmshaven ist ein Ersatzneubau auf dem Gelände des RNK zu errichten.

Der Krankenhausneubau umfasst im Bereich der Somatik 480 Betten sowie 20 psychosomatische Betten und 5 teilstationäre Plätze. Die zum Klinikum gehörende Psychiatrie verbleibt in den bestehenden Gebäudeteilen dieser Einrichtung. Neben der Lage auf dem Gelände und die Einordnung in den Bestand der während der Bauphase möglichst ungestört im Betrieb bleiben muss, wird besonderer Wert auf hohe Funktionalität, Prozessorientierung und integrierte Lösungen unter Beachtung der Patientenströme im ambulanten und stationären Bereich gelegt. Die Belange der Ver- und Entsorgung, der Logistik und der Betriebskosten sind mit großer Bedeutung zu beachten. Aufgrund der lokalen Besonderheiten geht der AG derzeit davon aus, dass ein Untergeschoß wirtschaftlich nicht herstellbar sein wird.

Das Bauvorhaben wird vorbehaltlich der abschließenden Mittelzuweisung bei einer BGF Fläche von ca. 60 000 m²/ca. 33 000 NF voraussichtlich ein Volumen in Höhe von 100 000 000 EUR haben.

Die Vergabestelle beabsichtigt bereits als Bestandteil des VOF-Verfahrens von jedem Bieter, der sich nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs für das weitere Verfahren präqualifiziert, eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Die Machbarkeitsstudie wird durch die Vergabestelle bewertet und die jeweiligen Ergebnisse entsprechend ihrer fachlichen Aussagekraft in eine Reihenfolge gebracht. Folgende Vergütung wird für die Machbarkeitsstudie gewährt: 1. Platz 20 000 EUR brutto, 2. und 3. Platz jeweils 15 000 EUR brutto, 4. und 5. Platz jeweils 10 000 EUR brutto.

Weitere Einzelheiten hierzu enthalten die Vergabeunterlagen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden.

Nach Abschluss des VOF-Verfahrens wird der künftige Auftragnehmer stufenweise/optional voraussichtlich mit den folgenden Planungsleistungen beauftragt:

- HOAI 2013, Teil 3 Abschnitt 1 Objektplanung (LPH 1-9);
- HOAI 2013, Teil 3 Abschnitt 2 Freianlagen (LPH 1-9);
- HOAI 2013, Teil 4 Abschnitt 1 Tragwerksplanung (LPH 1-9);
- HOAI 2013, Teil 4 Abschnitt 2, Technische Ausrüstung (LPH 1-9);
- HOAI 2013, Teil 4 Abschnitt 2, Fachplanungen der Technischen Ausrüstung für Medizintechnik (LPH 1-9);
- thermische Bauphysik sowie zusätzlich;
- Beratungsleistungen im vorbeugenden Brandschutz;
- Beratungsleistungen zur Entwicklung eines Orientierungs- und Leitsystems;
- Leistungen der Sicherheits- und Gesundheitskoordination;
- Innerer und äußerer Schallschutz sowie Strahlenschutz einschließlich sämtlicher Berechnungen;
- Erstellen einer Brandfallmatrix gem. MBO, Sonderbauvorschriften (M-HHR, MVStättV, usw.), LAR und Prüfverordnung. Festlegung der einzelnen sicherheitstechnischen Anlagen und deren Ansteuerung untereinander einschließlich anschließender Teilnahme an der Wirk-Prinzip-Prüfung durch den Sachverständigen sowie Erstellung eines Raumbuchs (Hochbau, Technik und Medizintechnik) als Abschluss der Entwurfsplanung und dessen Fortschreibung bis zur Fertigstellung als Revisionsunterlage.

Die Beauftragung der vorgenannten Leistungen erfolgt stufenweise und optional. Zunächst werden nur die Planungsleistungen für die Erstellung der Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) beauftragt. Weitere Angaben zu den einzelnen voraussichtlichen Leistungen sowie der stufenweisen/optionalen Beauftragung sind in den Vergabeunterlagen vorgesehen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
71240000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

II.1.8) **Lose**

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Vgl. II.1.5).

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Nähere Angaben sind in den Vergabeunterlagen vorgesehen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Nähere Angaben sind in den Vergabeunterlagen vorgesehen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

Mehrfachbewerbungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig Gesellschafter einer Bergergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bewerber nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Die Vergabestelle wertet es nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bietern eingebunden werden. Zwingende Maßgabe hierbei ist es jedoch einerseits, dass seitens der Nachunternehmer keine Kenntnis von den Angebotspreisen der relevanten Bietergemeinschaften hat. Dies ist durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Andererseits darf die Doppelbeteiligung von Nachunternehmern nicht dazu führen, dass ein Bieter (Bietergemeinschaft) zwingende Rückschlüsse auf den Angebotspreis eines anderen Bieters (Bietergemeinschaft) ziehen kann (z. B. infolge weit überwiegender Identität der Nachunternehmer). Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bieter ausgeschlossen werden.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen: Voraussetzung ist die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Juristische Personen erfüllen diese Voraussetzungen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungs- bzw. Ingenieurleistungen gerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen.

Verweis auf die Rechts- und Verwaltungsvorschriften: § 19 VOF.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Der Bewerber sollte zum Nachweis seiner Eignung (Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde) folgende Unterlagen oder vergleichbare Informationen vorlegen (Eigenerklärungen sind ausreichend):

- a) Nachweis der Kammermitgliedschaft, (Ingenieur oder Architektenkammer),
- b) unterschriebene Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 6 und 9 VOF nicht vorliegen,
- c) unterschriebene Erklärung, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie etwaiger notwendiger Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen ist.

Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen (Nachunternehmer) bedienen, sind die in Ziff. III.2.1) bis III.2.3) genannten Unterlagen vollständig auch von diesen Nachunternehmern zu erbringen. Zudem ist auf Anforderung der Vergabestelle vor dem Zuschlag eine rechtsverbindliche Verpflichtungserklärung nachzureichen, dass diese Unternehmen dem Bewerber als Nachunternehmer zur Verfügung stehen.

Die Vergabestelle behält sich zudem vor, zusätzlich zu den Eigenerklärungen vor Vergabe des Auftrages entsprechende Bescheinigungen der zuständigen behördlichen Stelle zu verlangen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Erklärungen über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in den in II.1.5) genannten Leistungsbereichen und sonstige damit zusammenhängende oder ähnliche Leistungen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Angaben über das Büro, zur Anzahl (jährliches Mittel, Beschäftigte und Anzahl Führungskräfte) und Qualifikation der Beschäftigten sowie zur technischen Ausstattung des Büros. Die Angaben zum Büro haben – sofern zutreffend – auch Ausführungen über die bisherige Zusammenarbeit mit dem in diesem Vergabeverfahren von dem Bewerber benannten Nachunternehmern zu enthalten;
2. Referenzen (sowohl personen- als auch unternehmensbezogen) über die in den letzten 7 Jahren erbrachten Leistungen (projektspezifisch, nach Möglichkeit Krankenhausbauten), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, einschließlich Angabe der Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer des Ansprechpartners bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge;
3. Nachweis geeigneter Maßnahmen zur langfristigen (nach Möglichkeit seit mindestens 3 Jahren bestehenden) Qualitätssicherung des Bewerbers (z. B. Zertifizierung nach ISO 9001, Darstellung des hauseigenen Qualitätssicherungssystems);
4. Angaben zur Sicherstellung der örtlichen Präsenz.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Voraussetzung ist die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Juristische Personen erfüllen diese Voraussetzungen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungs- bzw. Ingenieurleistungen gerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen.

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: 1. Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre in den in II.1.5)) genannten

Leistungsbereichen und sonstige damit zusammenhängende oder ähnliche Leistungen (Gewichtung 10 %);

2. Angaben über das Büro, zur Anzahl (jährliches Mittel, Beschäftigte und Anzahl Führungskräfte) und Qualifikation der Beschäftigten sowie zur technischen Ausstattung des Büros (Gewichtung 10 %);

3. Referenzen (sowohl personen- als auch unternehmensbezogen) über die in den letzten 7 Jahren erbrachten Leistungen (projektspezifisch, nach Möglichkeit Krankenhausbauten), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, einschließlich Angabe der Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer des Ansprechpartners bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge. (Gewichtung 60 %);

4. Nachweis geeigneter Maßnahmen zur langfristigen (nach Möglichkeit seit mindestens 3 Jahren bestehenden) Qualitätssicherung des Bewerbers (z. B. Zertifizierung nach ISO 9001, Darstellung des hauseigenen Qualitätssicherungssystems), (Gewichtung 10 %), (5) Angaben zur Sicherstellung der örtlichen Präsenz (Gewichtung: 10 %).

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

27.5.2015 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Fragen an die Vergabestelle sind ausschließlich schriftlich per E-Mail, an die in Ziff. I.1) genannte Stelle zu richten.

Die Bewerbung ist unter Einhaltung der genannten Frist ausschließlich schriftlich (nicht per Telefax oder E-Mail) an die in Ziff. I.1) genannte Stelle einzureichen. Der Bewerbung ist zwingend auch ein Kopierexemplar sowie eine elektronische Fassung (z. B. CD-Rom) beizufügen. Nicht fristgerecht eingereichte Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Die Sendung ist deutlich sichtbar mit dem Vermerk zu kennzeichnen „RNK, Ausschreibung Klinikneubau – nicht öffnen“.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auf der Hude 2

21339 Lüneburg

DEUTSCHLAND

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Internet-Adresse: http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=27364&article_id=93032&psmand=18

Fax: +49 4131152943

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe

sind gem. §§ 107 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer.

Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte Vergabestelle zu richten.

Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI.4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. §§ 107 ff. GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1)).

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

23.4.2015